

PRODUKTIVITÄTSSTEIGERUNG UND VERMÖGENSBILDUNG

Nach einer sechsjährigen Wiederaufbaukonjunktur beginnen sich soziale und wirtschaftliche Probleme abzuzeichnen, die zu einer Besinnung auf die Grundlagen der Wirtschaftspolitik mahnen. Schien die Vollbeschäftigung und damit die gesamte Sozialordnung vor zwanzig Jahren von einem Mangel an Investitionen bedroht zu sein, so werden heute die Vollbeschäftigung und darüber hinaus das soziale und politische Gefüge der freien Welt in Frage gestellt, weil die Produktionsmittel nicht ausreichen, um eine strukturelle Bedarfssteigerung zu befriedigen. Das trifft möglicherweise auf die Vereinigten Staaten, soweit man sie als isoliertes Wirtschaftsgebiet betrachtet, nicht zu. Aber auch Amerika entwickelt sich mehr und mehr zu einem „offenen“ Wirtschaftsgebiet, wodurch seine Abhängigkeit vom sozial-ökonomischen Zustand der übrigen Welt zunimmt.

Man kann wohl annehmen, daß die Atomisierung der vor 1914 zu einem gewissen Grade vorhandenen europäischen Freihandelswirtschaft eine der schwerwiegendsten Ursachen der Verzögerung des Ausbaus der europäischen Produktionskraft war. In den weniger entwickelten Gebieten, die zum Teil dicht vor unserer Tür liegen, nämlich in Süd-Italien, Spanien, Griechenland und in den Flüchtlingslagern Mitteleuropas, vor allem aber in den früheren kolonialen Ländern „überströmt ein neues Verlangen die Welt, ein gewaltiges Begehren, nach oben zu kommen“, wie F. C. *Laubach* von der Foreign Missions Conference of North America es vor dem Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten des Repräsentantenhauses einmal ausgedrückt hat. Das bedeutet, daß wir künftig für dieselbe Menge Rohstoffe, für die wir früher z. B. ein Dutzend Hemden geliefert haben, nun eineinhalb oder zwei Dutzend liefern müssen. Um dieselbe Menge Rohstoffe für unsere Produktion zu erhalten, müssen wir also einen größeren Teil unserer Produktion abgeben. Schon diese Tatsache macht eine Erhöhung der Produktion notwendig, wenn wir unseren Eigenverbrauch nicht einschränken wollen.

Fügt man hinzu, daß die Produktion von Rohstoffen bereits seit einigen Jahrzehnten hinter der industriellen Produktion nachhinkt, dann scheint die Annahme von *Colin Clark*¹⁾ durchaus gerechtfertigt zu sein, wonach das Verhältnis der Import- zu den Exportpreisen sich im Trend noch weiter zu Ungunsten der Industrieländer entwickeln wird. Das gilt vor allem für agrarische Rohstoffe. Während die industrielle Produktion von 100 im Jahre 1912 auf 247 im Jahre 1950 stieg, betrug 1950 die Indexzahl für metallische Roh- und Brandstoffe 239, die Zielziffer der Food and Agricultural Organization für agrarische Rohstoffe jedoch nur 178.²⁾ Noch bedrohlicher werden die Folgen dieser Tendenz, wenn man sie der Bevölkerungsentwicklung gegenüberstellt. In den kommenden zehn Jahren wird eine Zunahme der Weltbevölkerung um 1 bis 1,25 vH. erwartet. Der Bedarf an Nahrungsmitteln steigt also dauernd an. Die heutige Produktion reicht aber nicht einmal aus, um z. B. den Einwohnern Indiens eine durchschnittliche Lebensdauer von mehr als 27 Jahren in Aussicht zu stellen. (Gegenüber 68 Jahren in Holland.)

1) Colin Clark „The Economics of 1960“, London 1944.

2) W. Arthur Lewis „Food and Raw Materials“, in District Bank Review 1951.

Aber auch in unseren eigenen Ländern ist eine große Nachfragesteigerung nach Verbrauchsgütern festzustellen. Potentiell bestand natürlich seit jeher ein großer Bedarf, seine Aktivierung wurde jedoch in den letzten Jahrzehnten stets größer, wobei eine Vielzahl von Ursachen mitgewirkt hat. Diese Nachfragesteigerung findet man keineswegs nur bei der Arbeiterschaft. Der „alte“ Mittelstand — Kleinhändler und Handwerker — und die Bauern haben eine erhebliche Verbesserung ihres Lebensstandards erreicht. Sie wollen davon nichts preisgeben; auch dann nicht, wenn es sich nur um eine relative Verminderung ihres Anteils an einem vergrößerten Volkseinkommen handelt.

Die notwendige Steigerung der Produktion kann einmal durch Erhöhung der Produktivität, d. h. durch bessere Ausnützung der vorhandenen Produktionsfaktoren, zum anderen durch Vergrößerung des Produktionsapparates, also durch neue Investitionen erreicht werden. Beide Erscheinungen sind natürlich so alt wie das System der industriellen Produktion, wenn nicht noch älter. Aber im Zusammenhang mit Strukturveränderungen, von denen einige erwähnt wurden, treten Fragen auf, die in der gegenwärtigen sozialen und politischen Situation von großer Bedeutung sind. Wenn man nämlich die allgemeine Nachfragesteigerung nach Verbrauchsgütern und die Notwendigkeit außerordentlich hoher Investitionen einander gegenüberstellt, dann wird die ganze Problematik der Aufteilung des Volkseinkommens zwischen Verbrauch und Investitionen sichtbar.

Die soziale und ökonomische Politik der letzten Jahre ging in zahlreichen Ländern von einem nationalen Budget aus, das nicht nur — wie der staatliche Haushaltsplan — die Einnahmen und Ausgaben der Regierung umfaßt, sondern die der gesamten Gesellschaft. Der Ausgangspunkt aller wirtschaftspolitischen Überlegungen war die Notwendigkeit des Wiederaufbaus und das Streben nach einer gerechteren Verteilung des Sozialprodukts. Im Interesse des Wiederaufbaus war eine hohe Investitionsrate erforderlich, die in den ersten Nachkriegsjahren durch Anleihen und Hilfsbeiträge, namentlich aus den USA, finanziert wurde. Amerika trat also einen Teil seines Volkseinkommens an Europa ab und ermöglichte dadurch ein relativ hohes Investitionsniveau und einen erträglichen Lebensstandard. Holland z. B. war anfangs nicht in der Lage, auch nur den direkten Verbrauch aus der eigenen Produktion zu decken. In verhältnismäßig kurzer Zeit jedoch gelang es, den gesamten Verbrauch und einen Teil der Investitionen selbst zu produzieren. Man erwartete, daß das Sozialprodukt nach Ablauf der Wiederaufbau- und Industrialisierungsperiode allen Ansprüchen gerecht und dadurch eine im großen und ganzen ausgeglichene Zahlungsbilanz erreicht würde.

Bedenkt man, daß auf allen Gebieten ein großer Nachholbedarf bestand, dann wird deutlich, daß das Problem der Einkommen ebenso dringend war wie das der Investitionen. In den Ländern mit einer mehr oder weniger gelenkten Wirtschaftspolitik ist die Entwicklung der Löhne weitgehend durch die Haltung der Gewerkschaften beeinflußt worden, die der Notwendigkeit großer Investitionen und damit beschränkter Verbrauchsmöglichkeiten Rechnung getragen haben. Ob dies im Rahmen allgemeiner oder mehr detaillierter Richtlinien wie in England oder im Rahmen einer durch die Regierung geleiteten Lohnpolitik geschah, ist von untergeordneter Bedeutung. Ohne die Mitwirkung der Gewerkschaften wäre diese Entwicklung jedoch nicht möglich gewesen.

Es wird immer wieder behauptet, der Verlauf der Lohn- und Preiskurve der Nachkriegszeit habe bewiesen, daß in einer Gesellschaft, in der die Gewerkschaften den Arbeitsmarkt monopolisieren, Vollbeschäftigung stets von einer

schleichenden oder offenen Inflation begleitet sein müsse. Prof. Phleps *Brown* und B. C. *Robert*³⁾ haben darauf hingewiesen, daß die Lohnaktionen der Nachkriegsjahre regelmäßig die Folge und nicht die Ursache der Preisentwicklung waren. Die bereits erwähnten strukturellen Faktoren zeigen, daß der Kampf um die Verteilung des totalen Einkommens der Weltbevölkerung einen starken Einfluß auf die Höhe der europäischen Volkseinkommen ausübt und die im Verhältnis zu den Industrieprodukten stets mehr zunehmende Knappheit der agrarischen Rohstoffe in den Industrieländern zu einer Kosteninflation führt. Will man vermeiden, daß sich diese wieder in den Preisen der Fertigfabrikate niederschlägt, dann muß man billiger produzieren, das heißt daß eine Produktionserhöhung nicht nur durch die Vergrößerung des Produktionsapparates, sondern auch durch die Erhöhung der Produktivität anzustreben ist.

Eine Erhöhung der Produktivität in dem Ausmaße, wie sie in den kommenden Jahren notwendig ist, kann ohne Mitwirkung der Gewerkschaften nicht erreicht werden. Man muß sich darüber klar sein, daß es sich hier nicht nur um ein technisches, sondern auch um ein ernstes soziales Problem handelt. Steigerung der Produktivität heißt immer: höhere Produktion je Arbeitsstunde. Das bedeutet: weniger Arbeiter für die gleiche Produktionsmenge und mehr Gewinn für den Unternehmer. In diesem Zusammenhang soll nur der zweite Punkt betrachtet und dabei ein Versuch beleuchtet werden, diesen Antagonismus durch ein System zu mildern, das in der Vergangenheit sporadisch angewendet wurde, heute aber mehr und mehr als Lösung angepriesen wird: die Gewinnbeteiligung.

Es gibt eine — nicht allzu große — Anzahl historischer Vorbilder der Gewinnbeteiligung, die mitunter Monopolbetriebe waren, wie z. B. Zeiss, In der Regel sollte ein derartiges System dazu dienen, die Gewerkschaften vom Betrieb fernzuhalten und die Arbeitnehmer an den Betrieb zu fesseln. Die Verbindung mit dem Produktivitätsgedanken ist, wie dieser Gedanke selbst, erst in letzter Zeit populär geworden. Auch bei den hier bekannten Fällen handelt es sich um Spezialbetriebe, die keine Beispiele für die Lösung eines allgemeinen Problems sein können. In den meisten Fällen scheint es sich um ein Spiel mit Worten zu handeln. Es gibt zahlreiche Möglichkeiten, um die persönliche Leistungssteigerung zu belohnen. Wenn das durch Akkordsätze geschieht, spricht man von Löhnen und verbucht diese als Kosten; wenn die Zahlung am Jahresende erfolgt, ist es Gewinnbeteiligung. In beiden Fällen vergrößert sich das Einkommen. Der Arbeitnehmer empfängt einen höheren Lohn, über den er nach eigenem Gutdünken verfügen kann. Grundsätzlich abzulehnen sind alle Formen, bei denen diese freie Verfügung nicht möglich ist und die eine Verstärkung der Bindung an das Unternehmen zur Folge haben, z. B. durch die Finanzierung von Eigenheimen, die erst nach Jahren Eigentum des Arbeitnehmers werden.

Wer sich der Tatsache bewußt ist, daß die Atomisierung der Wirtschaft das größte Übel unseres sozialen Organismus ist, und wer davon überzeugt ist, daß man das wirtschaftliche Geschehen nicht von der Gesamtsituation, in der wir uns befinden, loslösen kann, wird grundsätzliche Bedenken gegen die Gewinnbeteiligung haben.

Die europäische Wirtschaft hat einen gewaltigen Investierungsbedarf, der von der finanziellen Seite aus gesehen als Kapitalmangel in Erscheinung tritt. Ein erheblicher Teil des Nationalproduktes, das ja identisch ist mit dem aus eigener Kraft erzeugten Teil des Volkseinkommens, muß in neuen Produktionsmitteln angelegt und kann somit nicht konsumiert werden. Zur Vereinfachung unseres Problems nehmen wir das Modell einer geschlossenen Naturalwirtschaft,

3) Wages Policy in Great Britain“ in Lloyds Bank Review, Januar 1952.

in der Gewinn und Investitionen im Verlauf einer Wirtschaftsperiode identisch sind. Beide sind die Differenz zwischen der Gesamtheit der produzierten und der Gesamtheit der verbrauchten Güter. Das bedeutet eine Abweichung von der üblichen Methode, wonach der Unternehmer seinen persönlichen Bedarf aus dem Gewinn finanziert. In diesem Sinne setzt das Königlich Niederländische Institut für den Mittelstand bei der Berechnung des Gewinns unter den Kosten einen Betrag für das „Unternehmereinkommen“ ein. Überträgt man dieses Verfahren auf unser Modell, dann sind nicht nur Gewinn und Investitionen, sondern auch Verbrauch und Einkommen identisch. In diesem Sinne — im Rahmen der Gesamtwirtschaft — sind die heutigen Formen von Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer, soweit sie nicht den Betriebsfeudalismus fördern, Verbrauchseinkommen und somit eigentlich Kosten.

In unserem System des Privateigentums an den Produktionsmitteln fließen die Gewinne, die im Laufe des Produktionsprozesses gemacht werden, den Eigentümern der Produktionsmittel zu. Es findet also ein Vermögenszuwachs statt, der das Monopol derjenigen ist, die schon bisher die Eigentümer des überwiegenden Teils der gesamten produktiven Vermögenswerte waren. Nun ist in den Nachkriegsjahren das Betriebsvermögen auf der ganzen Linie angewachsen, und jetzt wird eine erneute Zunahme in großem Ausmaß notwendig. Es müssen also weiterhin laufend große Gewinne gemacht werden. Im Gegensatz zu den Erwartungen bei Kriegsende ist ein Konsumopfer der breiten Masse auch in der kommenden Periode notwendig. Dieses Konsumopfer macht aber den Vermögenszuwachs in Form von Investitionen erst möglich. Es wird jedoch nicht von den Arbeitnehmern einzelner Betriebe oder Wirtschaftszweige gebracht, sondern von jedem, dessen Einkommen im Rahmen der allgemeinen Lohnpolitik an Beweglichkeit eingebüßt hat. Das sind nicht nur die Arbeitnehmer in einigen besonders rentablen Industriezweigen. Zu diesem Kreis gehören auch die Straßenbahnschaffner und die Lehrer.

Wenn der notwendige Zuwachs des produktiven Vermögens so einwandfrei und weitgehend eine Folge der bewußten Zurückhaltung der organisierten Arbeitnehmerschaft ist, dann ist eine echte Gewinnbeteiligung, das heißt eine Beteiligung aller Arbeitnehmer an neuen Investitionen nicht nur gerechtfertigt, sondern sogar dringend notwendig. Eine Fortsetzung der bisherigen Verteilung des Volkseinkommens bedeutet, daß der relative Anteil der Vermögensbesitzer bei steigenden Investitionen stets größer wird, weil ihnen als Eigentümern der Produktionsmittel die Gewinne zufließen und weil die europäischen Lohnsätze — im Gegensatz zu den USA — keine Vermögensbildung durch Ersparnisse aus Arbeitseinkommen zulassen. Auch das künftige Volkseinkommen wird mit einer Hypothek belastet, da die Gewinne wiederum den alten Vermögensbesitzern zugute kommen. Die Behauptung, daß in unseren Ländern die Reichen immer reicher werden, ist also nicht übertrieben.

Die weltpolitische Situation einerseits und das Mißverhältnis zwischen der Gesamtnachfrage nach Gütern aller Art und den Produktionsmöglichkeiten andererseits lassen eine nennenswerte Verbesserung des allgemeinen Lebensstandards in absehbarer Zeit nicht erwarten, wenn wir den unbedingt notwendigen Beitrag zum Aufbau der nicht industrialisierten Länder leisten wollen. Der Arbeiter aber sieht, daß die Investitionen in großem Umfang weitergehen und daß sein Beitrag zur Erhöhung der Produktivität diese Entwicklung fördert, ohne daß für ihn auch nur die Aussicht besteht, jemals mit einem Gefühl der Sicherheit der Zukunft entgegensehen zu können. Ihm fehlt die Ausweichmöglichkeit, so daß jede Veränderung im Preisgefüge ihn unmittelbar trifft, wäh-

rend der Vermögensbesitzer auch in schlechten Zeiten noch immer die Wahl hat, ob er sein Vermögen nicht angreifen und damit seinen Verbrauch einschränken oder ob er durch Liquidierung von Vermögensbestandteilen seine persönliche Lebenshaltung auf der gewohnten Höhe halten soll.

Unter solchen Voraussetzungen ist es kein Wunder, daß die Arbeitnehmer unsere Gesellschaft nicht bejahen und deshalb nicht nur nicht bereit, sondern einfach nicht in der Lage sind, sich mit der heutigen Sozialordnung zu identifizieren — trotz aller großen Errungenschaften der letzten Jahrzehnte. Man duldet die gegenwärtige Situation, weil der einzige Ausweg, ein totalitäres System, noch weniger Anziehungskraft besitzt, ist aber nicht bereit, aus voller Überzeugung an der Lösung der dringendsten Aufgaben mitzuwirken. Wenn man vermeiden will, daß im Rahmen eines totalitären Systems die Einkommen und damit der Verbrauch so niedrig gehalten werden, daß der Produktionsapparat durch eine hohe Mehrwertrate sehr schnell vergrößert werden kann, dann kommt man auch von diesem Gesichtspunkt aus zu der Schlußfolgerung, daß die Arbeitnehmerschaft an dem vermögensformenden Faktor gewinnbeteiligt werden muß.

Aber gerade in diesem Zusammenhang wird deutlich, daß mit einer Gewinnbeteiligung der Belegschaft einzelner Betriebe das wesentliche Problem nicht gelöst wird. Selbst wenn auf diese Weise die Besitzbildung gefördert würde, dann käme diese wiederum nur einer kleinen Minderheit zugute, einer Minderheit, die dann allerdings außerordentlich stark bevorzugt würde. Von diesem Gedankengang ausgehend hat der Niederländische Gewerkschaftsbund (NW) gefordert, auf dem Wege der kollektiven Gewinnbeteiligung alle Arbeitnehmer an neuen Investitionen zu beteiligen. Die holländische Partei der Arbeit hat eine ähnliche Konzeption in ihren Plan „Der Weg zur Freiheit“ aufgenommen. Es ist zu erwarten, daß die Gewerkschaften mit einem sehr detaillierten Vorschlag kommen werden. Im Plan der Partei der Arbeit ist der Gedanke folgendermaßen zur Diskussion gestellt:

Von den heutigen, in den Steuerbilanzen ausgewiesenen Gewinnen könnte nach Abzug der Körperschaftsteuer und nach Vergütung der normalen Kapitalzinsen ein Drittel den Arbeitnehmern zur Verfügung gestellt werden. Im Hinblick auf die Notwendigkeit einer Kapitalbildung durch Sparen wäre eine sofortige Ausschüttung nicht möglich. Die Ansprüche müßten daher die Form von Rechten annehmen, die nicht sofort realisiert werden können. Es wird vorgeschlagen, diese Ansprüche auf eine Holdinggesellschaft zu übertragen, die an die zu beteiligenden Arbeiter Wertpapiere in Stücken von 100 Gulden ausgibt. Die Anteile sollen in bestimmten Fällen, zum Beispiel ernster Krankheit, vom Staat übernommen werden, während sie bei Arbeitnehmern im Alter von 65 Jahren zur Finanzierung einer besonderen Pension oder zur Verminderung des Einkommensrückgangs verwendet werden könnten. Der Niederländische Gewerkschaftsbund will von Anfang an auch individuelle Investitionen zulassen, zum Beispiel Finanzierung von Eigenheimen, Förderung des Studiums begabter Kinder oder Übernahme der Kosten einer eventuellen Auswanderung. Im Falle drohenden Konjunkturrückganges sollen diese Rechte ganz oder teilweise für Konsumzwecke freigegeben werden. Mit diesen Vorschlägen ist der erste Schritt getan, um das Problem der dringend notwendigen Verteilung des Volksvermögens einer Lösung entgegenzuführen.

SCHLAGWORT „PUBLIC RELATIONS“

Zu dem Buche „Moderne Meinungspflege“ von Herbert Groß

Als einer, der „sich mitschuldig fühlt an der Einführung dieses amerikanischen Schlagwortes in den deutschen Sprachgebrauch“ hat *H. Groß* eine Anleitung zur „modernen Meinungspflege“ für die Praxis der deutschen Wirtschaft geschrieben, ¹⁾ in der er gerade den Mißbrauch, die Scheinformen und Fehldeutungen der „Public Relations“ aufzudecken und anzuprangern bemüht ist.²⁾ In der Vermittlung der neuesten amerikanischen Literatur über diesen Gegenstand und ihrer Aktualisierung für die deutsche Situation erweist sich Groß wiederum als einer der belebendsten deutschen Wirtschaftsjournalisten. Aber ist es ihm wirklich gelungen, dieses Schlagwort der „Public Relations“ in eine neue soziale Aufgabe der wirtschaftlichen Unternehmungen und Organisationen zu vertiefen? Da in der sogenannten „modernen Meinungspflege“ der Unternehmerschaft ein neuer Weg zur Sicherung der bestehenden Wirtschaftsordnung gewiesen werden soll, ist dies eine sehr wichtige Frage.

Zunächst wird man unbedenklich der Ansicht zustimmen können, daß man dort, wo man in der Förderung der „Public Relations“ nur eine neue Technik der Publizität, einen neuen Auftrieb der Werbungs- und Reklameabteilungen der Werke sieht, den Sinn der „modernen Meinungspflege“ völlig verkennt. Es liegt nicht das geringste Neue darin, wenn man die öffentliche Meinung im Sinne einer Interessenpropaganda bearbeiten will, wenn man die Forderungen oder Entscheidungen irgendeines wirtschaftspolitischen Programms propagandistisch stützt und verbreitet.

Was unterscheidet nun aber die „moderne Meinungspflege“ von allen Formen der Propaganda, was sind echte „Public Relations“? „Zur Meinungspflege gehören nur solche Maßnahmen, die dazu dienen, Existenz und Handlungen einer Einrichtung mit den Interessen der Öffentlichkeit zu identifizieren.“ Im Falle eines wirtschaftlichen Unternehmens also die Aufklärung der Öffentlichkeit darüber, daß von bestimmten Maßnahmen oder Einrichtungen eines Werkes *alle* Beteiligten, nämlich Arbeiter, Kapitalgeber, Werksleitung und Verbraucher, ihren Vorteil und daher ein positives Interesse daran haben. Zur Möglichkeit des Aufweises einer solchen allgemeinen, öffentlichen Interessensolidarität ist es natürlich Voraussetzung, daß wirklich Einrichtungen und Maßnahmen existieren oder geschaffen werden, an denen alle Gruppen und Schichten des Wirtschaftsprozesses ein solches positives und zusammenstimmendes Interesse haben können. So besteht die Schaffung von „Public Relations“ in erster Linie gar nicht in Publizität, sondern in der Aufforderung an diejenigen, die eine solche Pflege ihrer Beziehungen zur Öffentlichkeit treiben wollen, ihr Verhalten so einzurichten, daß es der Allgemeinheit dient, Maßnahmen und Ordnungen im wirtschaftlichen Leben einzuführen, an deren Bestand dann in der Tat alle Beteiligten ein Interesse aufbringen können. Die sozialerzieherische Seite dieser „modernen Meinungspflege“ gegenüber denjenigen, die sie betreiben wollen, kommt auch bei Groß deutlich zum Ausdruck. Allerdings ist damit sofort die Absicht gekoppelt, solche dem Interesse der Allgemeinheit dienenden Maßnahmen und Einrichtungen dieser nun auch in ihrer Bedeutung bekannt zu machen. Die ameri-

- 1) H. Groß, *Moderne Meinungspflege*. Für die Praxis der Wirtschaft, Droste-Verlag, Düsseldorf, mit einem Geleitwort von Dr. Rudolf Mueller, Erster Vorsitzender der „Wirtschaftspolitischen Gesellschaft von 1947“.
- 2) In der gleichen Absicht hat bereits Walther Pahl das Thema der „Public Relations“ unter gewerkschaftlichen Gesichtspunkt in den G M Heft -4/1951 behandelt.

kanischen Fachleute bringen diesen Zusammenhang auf schlagkräftige Formeln: „Erst das Gute tun und dann davon erzählen“ oder „das Verständnis und die Unterstützung der Öffentlichkeit sich wirklich verdienen, dann aber auch zu gewinnen wissen“.³⁾

Am einfachsten ist der Aufweis einer allgemeinen Interessensolidarität natürlich dort, wo die Grundlagen der Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung von allen gleichmäßig bejaht werden, weil auf ihnen auch ihr jeweiliges persönliches oder gruppenhaftes Interesse beruht. Was aber, wenn in den Grundlagen der sozialen Ordnung Interessenverschiedenheit herrscht, wenn in den grundsätzlichen Ordnungszielsetzungen des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens die von der „modernen Meinungspflege“ verkündete Interessensolidarität von wesentlichen Teilen der Gesellschaft angezweifelt wird? Ist es dann wirklich so einfach, daß sie dann eben, durch die „Meinungspflege“ nachgewiesen und „in einer Weise dargelegt werden muß, daß sie Zweifel im Keime erstickt“?

An dieser Stelle liegt die ganz grundsätzliche Frage, ob die amerikanische Konzeption und Praxis der „Public Relations“ überhaupt auf unsere europäischen Verhältnisse übertragbar sind oder nicht gerade hier erst zum bloßen neuen Schlagwort werden müssen, obwohl sie in den USA einem durchaus ernsthaften sozialen Anliegen entsprechen. Die naive Selbstverständlichkeit, mit der *in den Vereinigten Staaten* noch von allen Schichten die Grundwerte einer Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung bejaht werden, die man auf die Formeln „Freiheit des einzelnen, Privateigentum, Unternehmertum, free enterprise“ bringen kann, erlauben es, die „Public Relations“ als das bloße Sichtbarmachen einer letztlich nicht angezweifelten Identität der Interessen an der bestehenden Ordnung zu handhaben. Der Aufschwung und die weltbeherrschende Lage der gegenwärtigen amerikanischen Wirtschaft, die Erfolge der mehr lohn- als klassenkämpferisch eingestellten amerikanischen Arbeiterorganisationen in der Verbesserung des Lebensstandards, das Fehlen einer ausgesprochen politischen Arbeiterpartei und manche anderen, in Europa nicht vorhandenen Voraussetzungen, ermöglichen diese weitgehend einheitliche Zustimmung zu den Grundlagen der bestehenden Wirtschaftsordnung. So ist dort die „Meinungspflege“ in der Wirtschaft, soweit sie eben die gemeinsamen Interessen zum Bewußtsein bringen will, in der Tat weitgehend nur eine Frage der publizistischen Technik.

Allerdings bringt Groß selbst sehr interessante Nachrichten darüber, daß die von der Unternehmerschaft in den USA mit großem Aufwand durchgeführte Publizität für das System des „free enterprise“, das Groß mit „freier Marktwirtschaft“ übersetzt, praktisch kaum wesentliche Auswirkungen habe. Wenn die große Mehrheit des Volkes nicht gegen die freie Unternehmerwirtschaft eingestellt sei, so beruhe dies keineswegs auf den Bemühungen der „Public Relations“. Die Fremdheit zwischen dem einzelnen Unternehmer und seiner Belegschaft aber sei durch diese Methoden der Publizität in keiner Weise behoben, sondern wachse ständig. Indem man geistige und soziale Werte, wie „freie Wirtschaft“, wie eine Zahnpasta überall anpreise, stütze man kaum die Gesellschaftsordnung; im Gegenteil: alle Welt würde eben dieser Grundwerte als stereotyper Schlagworte überdrüssig. Indem der Unternehmer seine vornehmliche Aufgabe darin sehe, über die Unfehlbarkeit der Wirtschaftsordnung zu aller Welt reden und diese immer wieder überzeugen zu müssen, verlerne er die große Kunst des Zuhörens und des Verständnisses dafür, was seine Partner ihm sagen wollen.⁴⁾ Also auch in den Staaten ist die Methode der „Public Relations“ offensichtlich in Gefahr, zum bloßen Schlagwortgedudel zu werden.

3) Vgl. Theodor Sills, *Public Relations, Principles and Procedures*, Chicago 1948.

4) *Is anybody listening?* (Hört noch jemand zu?), Aufsatz in der Zeitschrift „*Fortune*“, September 1950, vgl. Groß S. 74 ff.

Wie steht es nun mit dieser selbstverständlichen Interessensolidarität an den Grundlagen der Wirtschaftsordnung in Deutschland, ja in ganz Westeuropa, und wie mit den darauf bezogenen „Public Relations“ des Unternehmertums? Für Groß hat die „moderne Meinungspflege“ auch hier mit naiver Selbstverständlichkeit die Aufgabe der „allseitigen Verankerung unserer Marktwirtschaft in der Überzeugung aller Schichten“. Sie ist das Mittel, gegen alle Versuche der Reformer oder gar noch radikalerer Fortschrittler die bestehende Ordnung zu sichern und kann nur von solchen Gruppen getrieben werden, die sich mit der augenblicklichen Wirtschaftsordnung identifizieren. Daß damit das wirtschaftspolitische System Deutschlands seit 1948 gemeint ist, daran läßt der Verfasser keinen Zweifel. Die konkreten Aufgaben einer solchen „modernen Meinungspflege in der Marktwirtschaft“ bestehen also z. B. in der Rechtfertigung des Privateigentums an Produktionsmitteln, der Wettbewerbsordnung, der Gewinnverwendung der Unternehmer usw. *Die Frage, ob an diesen Zuständen in unserer sozialen und wirtschaftlichen Lage ein zusammenstimmendes Interesse aller überhaupt besteht, erhebt Groß gar nicht, sondern setzt dies naiv voraus.*

Aber schließlich ist doch nicht zu übersehen, daß in Deutschland — anders als in den USA — neben den Ordnungsvorstellungen der freien Marktwirtschaft ein von ebenso starken Kreisen gestütztes gegenteiliges Wirtschaftsordnungsbild der sozialistischen Wirtschaftsordnung oder der geplanten Vollbeschäftigung vorhanden ist, hinter dem starke und echte Interessen stehen. Die Rechtfertigung des Privateigentums an Produktionsmitteln oder der „freien“ Investierungspolitik auf Kosten der Käufer und Steuerzahler in einer Gesellschaft, in der große Teile jedes Hab und Gut schuldlos verloren haben, in der eine allgemeine Enteignung der Ersparnisse erfolgt ist, in der die Einkommensunterschiede der verschiedenen sozialen Gruppen in keiner Weise mehr den Leistungsunterschieden entsprechen, in der die breiten Schichten der Rentner, Arbeitslosen, Flüchtlinge usw. eben keine Chance haben, „auf eigenen Füßen zu stehen und sich und ihren Kindern Sicherheit und Fortkommen zu schaffen“ (was Groß als das positive Kennzeichen der freien Marktwirtschaft durch die Meinungspflege verbreitet wissen will), in der also derart tiefgehende Interessengegensätze vorhanden sind, ist kaum über den Weg einer einfach zu propagierenden Interessensolidarität zu suchen. *Die Interessensolidarität* muß erst einmal vorhanden, und das heißt bei uns: sie *muß erst einmal geschaffen werden, ehe man sie in einer „modernen Meinungspflege“ sichern kann.* Sonst bleibt diese ein bloßer Versuch des Einredens, anstatt eines Nachweises der Interessengemeinsamkeit und ist damit nichts anderes als die publizistisch geschickter organisierte alte politische Propaganda sozialer und wirtschaftlicher Interessengruppen, in der sich die gruppenegoistischen Ziele schon immer mit dem Anspruch vortragen, Grundlage des Allgemeinwohls zu sein, wobei leider die jeweils anderen über ihre Interessen durchaus klare und reale Vorstellungen hatten.

Wenn die amerikanische Vorstellung der „Public Relations“ in Europa überhaupt einen über die alte Interessentenpropaganda hinausgehenden Sinn haben soll, so kann ich mir diesen nur in zweierlei Hinsicht vorstellen. Einmal in der bewußten, auch publizistischen Herausstellung der vorhandenen und bereits erreichten Zusammenstimmungen und Interessengemeinsamkeiten aller Sozialpartner. Das sind weit bescheidenere Tatsachen als die Gesamtordnung der freien Marktwirtschaft oder einer Wirtschaft der Vollbeschäftigung und des Mitbestimmungsrechtes. Trotzdem sollten sie innerhalb der Wirtschaftsgruppen und gegenüber der allgemeinen Öffentlichkeit deutlicher und rein sachlich immer wieder betont werden, schon um eine psychologische Grundlage zur Austragung der noch

bestehenden Interessenkonflikte zu schaffen. Dazu würde auch eine sachliche Aufklärung über die Arbeitsweise und die technischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhänge der Unternehmungen, der Wirtschaftsverbände und Organisationen, der Ministerien und sonstigen Verwaltungen gehören. Diese Verbreiterung eines *sachlichen* Verständnisses für die Arbeitsweise der genannten Einrichtungen in der Öffentlichkeit würde sich im wesentlichen auf rein informatorische Darlegungen beschränken müssen, die von den Kennern der Sachlagen aus den verschiedensten sozialen Gruppen anerkannt würde, und dürfte keineswegs mit der vordringlichen Absicht, „Vorstufe und Vorbedingung für den Erfolg wirtschaftspolitischer Forderungen“ einer bestimmten Gruppe zu sein, betrieben werden. (Genau mit dieser von uns verneinten Zielsetzung empfiehlt aber Groß die „moderne Meinungspflege in der Marktwirtschaft“.)

Zum anderen aber sollte in Deutschland der Sinn der „Public Relations“ weniger in einer Publizität der Gruppeninteressen nach außen hin als in dem erzieherischen Einfluß auf die eigene Gruppe in Richtung auf ein verantwortliches gesamtgesellschaftliches Verhalten gesehen werden. Der soziale Erziehungsgedanke, der in der Absicht der Betonung und Schaffung gemeinsamer öffentlicher Interessen und sozialer Grundwerte steckt, wäre viel mehr nach innen auf die eigene Gruppe als ein sozial-moralischer Anspruch zu richten. Damit ist der Publizitätsanspruch — der schon in der amerikanischen Vorstellung der „Public Relations“ sekundär ist gegenüber der primären sozial verantwortlichen Verhaltensforderung — in Deutschland noch viel zweitrangiger und wäre wesentlich zurückzustellen oder gar selbstkritisch auf die eigene Gruppe zu richten. Insofern führt eine Übersetzung von „Public Relations“ in „moderne Meinungspflege“ gerade vom Kern des Anliegens ab. Formulierungen, wie „gemeinwirtschaftliche Wirtschaftsmoral“ oder „Stärkung der gesamtgesellschaftlichen Verpflichtungen“ und ähnliche, würden eine angemessenere Übertragung des Begriffs der „Public Relations“ bedeuten.

Aber wir wollen Groß nicht Unrecht tun: dieser Anspruch, daß „die Verantwortlichen unserer Firmen und Organisationen sich selbst anders einstellen, sich als Vertreter nicht nur der eigenen, sondern zugleich der Interessen aller anderen Schichten empfinden und entsprechend handeln müssen“, ist bei ihm ebenso zu finden wie die Einsicht, daß „die Erkenntnis, daß es nötig ist, ein ‚öffentliches Gewissen‘ zu haben und entsprechend zu handeln, in breiten Schichten unseres Unternehmertums noch nicht vorhanden ist“. Leider geraten die Versuche zur Betonung gesamtgesellschaftlicher Verantwortung in einer Gesellschaft mit starken und grundsätzlichen Interessenkonflikten dauernd in die Gefahr, sich gruppenegoistisch anpreisen und sozusagen als Schaf im Wolfspelz auftreten zu müssen, was sie in ihrer Wirkung der Zweideutigkeit aussetzt, welche Seite nun eigentlich als Propaganda abzutun und welche als das ernsthafte Anliegen anzusprechen ist. Dies gilt besonders für die Förderung der innerbetrieblichen Sozialpolitik, die Groß als einen untrennbaren Bestandteil der „modernen Meinungspflege“ des Unternehmers darstellt und in der er einen Erziehungsanspruch zu gesamtgesellschaftlicher Verantwortlichkeit vorzutragen beabsichtigt.⁵⁾

Er tut dies, indem er die tiefere Aufgabe der Meinungspflege in der Rückverlagerung der sozialen Reform und sozialen Fürsorge auf den Unternehmer und in den Betrieb fordert, aber nicht in dem einfachen und einzusehenden Sinne, die soziale Fürsorge als eine Aufgabe auch der Unternehmensleitung herauszustellen, sondern mit deutlich aggressiver Tendenz gegen die Existenz außerbetrieblicher Instanzen der Sozialpolitik. Es fallen dann Worte wie „die Usurpation (der sozia-

5) Diese Kennzeichnung trifft für fast alle Äußerungen führender Unternehmer zur Förderung der innerbetrieblichen Sozialpolitik zu; vgl. z. B. den Vortrag von Kurt Pentzlin „Unternehmer und Sozialpolitik“, abgedruckt in dem Beratungsbrief Nr. 114 der „Wirtschaftspolitischen Gesellschaft von 1947“.

len Reform) durch den Staat und die staatliche Bürokratie“ oder der wahrhaft erstaunliche Satz: „Das Abendland ging einem gefährlichen Weg, als es das Soziale außerunternehmerischen Instanzen überließ.“ Usurpation? Das Abendland? Ein wenig sozialgeschichtliche Besinnung würde doch wohl jeden darüber aufklären, daß der Staat oder sonstige außerbetriebliche Instanzen diese Aufgaben erst aufgegriffen haben, weil die Unternehmerschaft — trotz der Mahnung einiger weitsichtigerer Ausnahmen unter ihnen — sie nicht zu lösen willens und fähig war. Der gute Wille, das Versäumnis von Generationen heute nachzuholen, berechtigt nun aber in keiner Weise zum Ausschließlichkeitsanspruch oder gar zum Vorwurf gegen diejenigen, die sich inzwischen der Lösung dieser Aufgaben unterzogen haben. Insbesondere kann man nicht erwarten, daß sich die bisher durch den Bestand außerbetrieblicher Instanzen zur Wahrung und Durchsetzung sozialpolitischer Ansprüche gesicherten Interessen durch bloße „Meinungspflege“ auf die Unternehmerschaft übertragen lassen. Es ist heute ein illusionäres Unterfangen der Meinungspflege, im Staatsbürger „das Bewußtsein zu wecken, daß er nicht in erster Linie auf den Wohlfahrtsstaat angewiesen ist, sondern sich auf sich selbst verlassen kann, da er in einer Ordnung lebt, die es ihm ermöglicht, auf eigenen Füßen zu stehen und sich und seinen Kindern Sicherheit und Fortkommen zu schaffen“, illusorisch vor allem deswegen, weil der großen Schicht derer, die heute auf soziale Fürsorge angewiesen sind — die Rentner der verschiedensten Art, die Heimatvertriebenen, die Arbeitslosen, insgesamt mehr als 25 vH. der westdeutschen Bevölkerung —, eben diese Chance auch von der freien Marktwirtschaft und der Unternehmerschaft gar nicht geboten werden kann. Die Hauptaufgaben der sozialen Leistungen sind in unserer Gesellschaft in gar keine Verbindung mit einer betrieblichen Sozialpolitik zu bringen, zumindest sind auch nicht die geringsten Ansätze seitens der Unternehmerschaft dahin zu bemerken.

Ist schon die enge Verbindung von innerbetrieblicher Sozialpolitik und einer sich darauf stützenden vorwiegend nach außen gewendeten Meinungspflege suspekt, so muß sie sich in ihrem aggressiven Ausschließlichkeitsanspruch, die Lösung der sozialen Fragen im Betrieb konzentrieren zu wollen, die Deutung gefallen lassen, daß hier eine publizistisch existierende Gesamtverantwortlichkeit dazu dienen soll, die Unternehmerschaft den von außerbetrieblichen Instanzen vertretenen sozialen Ansprüchen, die von einem großen Teil der Gesamtbevölkerung als vitale Interessen gar nicht aufzugeben sind, zu entziehen; oder wie es Groß offen ausspricht: „In diesem Sinne ist die Meinungspflege... der Anspruch einer Schicht auf politische und soziale Führung, der Anspruch des Unternehmers auf Lösung der gesellschaftlichen Probleme im Rahmen seiner Institution, der Unternehmung.“ Eine Publizistik als Anspruch auf politische Führung durch eine soziale Gruppe nannte man schon immer politische Propaganda.

Der Kern des amerikanischen „Public-Relations“-Gedankens vermag zweifellos auch für unsere soziale und wirtschaftliche Lage wertvolle Anregungen zu bieten, aber Anregung und Nachbetung sind zweierlei. In vieler Hinsicht wird es Zeit, daß die unkritische Übernahme neuer ausländischer Schlagworte für alte Tatbestände einmal durch den Aufweis der weitgehenden Verschiedenheit der sozialen und politischen Fundamente gestoppt wird. Hierunter fallen neben den „Public Relations“ noch die ebenso propagierten „Human Relations“ im Betrieb oder etwa das neue betriebssoziologische Credo der „Gruppenbedürfnisse“ in der Arbeitsorganisation. Wir haben schließlich eigene propagandistische Schlagworte genug, mit denen aufzuräumen eine der wichtigsten Aufgaben einer modernen Meinungspflege sein könnte.

DIE GEFAHR DES NEONAZISMUS

Am Jahresende 1951 erklärte der Deutsche Gewerkschaftsbund zum Neonazismus in Deutschland: „Die deutschen Gewerkschaften stellen mit Besorgnis fest, daß bereits heute wieder faschistische Gruppen sich unter dem Schutze demokratischer Rechte sammeln, die Regierungsform und die Einrichtungen des Staates verhöhnen, die Farben der Republik beschimpfen, antisemitische Propaganda machen und politisierenden Generalen gestatten, Mißbrauch mit ehemaligen Soldaten zu treiben — kurz, alles das tun, was sie oder ihre Vorbilder vor 1933 taten . . . Die Gewerkschaften sind sich dessen bewußt, daß die Sicherung der Demokratie nicht durch Gesetze, Behörden oder politische Parteien allein gewährleistet werden kann. Die Demokratie kann nur bestehen, wenn ihre überzeugten Anhänger jederzeit bereit sind, sie selbst zu verteidigen . . . Der DGB und die ihm angeschlossenen Gewerkschaften rufen alle Demokraten auf, rücksichtslos den Anfängen faschistischer Bestrebungen entgegenzutreten.“

Unter Neonazismus sind alle organisierten oder publizistisch artikulierten Bestrebungen zu verstehen, die eine Neuauflage des Naziregimes an die Stelle der demokratischen Republik setzen wollen. Sie sind zu unterscheiden von den bloßen Gedankentrümmern des alten Nazismus, die in allen Volksschichten noch zu finden sind, ohne daß ihre Träger daraus ein System machen wollen. Solche Gesinnungsreste sind leider noch weit verbreitet, ihre Träger lehnen den Nazismus als Ganzes aber heute ab und bekennen sich zu demokratischen Parteien, im allgemeinen zu denen der Rechten. Zum Teil werden diese Gesinnungssplitter von Personen getragen, die früher mehr oder minder überzeugte Nazis waren, nun aber in jenen Parteien Unterschlupf gefunden haben. Hier könnten bei Anwachsen einer organisierten faschistischen Bewegung sicher Anknüpfungspunkte für die letztere entstehen; im allgemeinen droht aber von dieser Seite keine unmittelbare Gefahr.

Der eigentliche Neonazismus ist verkörpert: 1. In politischen Parteien, von denen die SRP und ihre nun stark verkleinerte Mutterpartei, die Deutsche Reichspartei, die einzig bedeutsamen sind. 2. In einer erheblichen Anzahl privater Vereine und Bünde legalen und illegalen Charakters. 3. In einigen Zeitschriften, politischen wie volkstümlich-illustrierten, die ihm unter mehr oder minder durchsichtiger Tarnung publizistischen Ausdruck gewähren.

Der Wahlerfolg der SRP in Niedersachsen, in geringerem Maße in Bremen, hat die Aufmerksamkeit auf die neonazistische Gefahr gelenkt. Bisher ist festzustellen, daß *die SRP nur dort größere Erfolge hat, wo die Deutsche Partei vorher stark gewesen ist*. Der rechte Flügel der DP ist ihr Vorläufer. In der DP, der am weitesten rechtsstehenden Regierungspartei, versuchten viele Nazis zu „überwintern“; der sich demokratisch gebärdende Teil der Partei machte ihnen keine Schwierigkeiten. Die Regierungsteilnahme führte die DP dennoch zu einer Haltung, die dem radikalen Flügel nicht mehr genügte. Dasselbe gilt von den rechtesten Flügeln der anderen bürgerlichen Parteien in den betreffenden Gebieten, in denen sich die nazistischen Elemente verkrochen hatten. Wenn die SRP hier also große Stimmenzahlen erreichen konnte, so heißt das nicht, daß enttäuschte Demokraten nun Nazis geworden sind; es heißt bloß, daß *aus getarnten Nazis oliene geworden sind*. Die jetzigen SRP-Wähler waren vorher genau so nazistisch wie nach den letzten Landeswahlen; nur zeigten sie es noch nicht so offen. Der Personalbestand des Neonazismus ist altnazistisch. Daß es

diese, ja noch eine größere Anzahl von Unbelehrbaren geben würde, war wohl zu erwarten. Ob es der SRP, falls sie nicht verboten wird, gelingen wird, in Gebiete außerhalb des alten DP-Bannkreises, also Niedersachsens, Bremens und Teilen von Schleswig-Holstein, vorzustoßen, bleibt abzuwarten. Sie hat nach eigenen Angaben 12 000 Mitglieder, davon 8000 in den Stammgebieten und 4000 anderwärts, hauptsächlich anscheinend in Bayern, wo sie Fuß zu fassen versucht.

Viel wird von den Geldmitteln abhängen, welche der Partei in den nächsten Wahlkämpfen zur Verfügung stehen werden. Die Ruhrindustrie, Hitlers hauptsächliche Geldquelle, hat ihr unter dem System der Treuhandchaft und Mitbestimmung kaum nennenswerte Zuwendungen machen können. Es sind andere Industrielle, die hier Geld beisteuern; man spricht von einem jüngeren Textilindustriellen, der politischen Ehrgeiz zu haben scheint, und einigen Firmen ohne größere Bedeutung, die von der Feindseligkeit der neonazistischen Bewegung gegen die Arbeiterbewegung, vor allem *gegen die Gewerkschaften* angezogen werden. Es ist das alte Lied. Jeder, der den Industriellen verspricht, sie von den Gewerkschaften zu befreien, darf auf Interesse hoffen. Zum Zahlen ringen sich allerdings nur einige durch, zumal sie, solange die Alliierten da sind, auf keine durchschlagenden Erfolge der neonazistischen Bewegung rechnen. Falsch wäre es, angesichts dieser Hintermänner die Tatsache zu übersehen, daß die SRP stellenweise auch unter der Arbeiterschaft einzelner Betriebe Anhänger zu gewinnen vermochte. Daß der Arbeiter seiner sozialen Lage wegen gegen den Nazismus immun sei, ist eine leider durch die Lehren der Vergangenheit widerlegte Theorie. Immerhin sind das Einzellerscheinungen.

Die privaten Nazibünde sind über das ganze Land verbreitet und haben vielfache Verbindung miteinander. Teils sind sie geheime Fortsetzungen alter Nazi-funktionärkörper, namentlich HJ, SA und SS, teils suchen sie, unter Führung solcher Nazifunktionäre, unter der heranwachsenden Jugend den Nazismus zu verbreiten. Sie tarnen sich als Wanderbünde usw. unter harmlosen oder romantischen Namen. Von Zeit zu Zeit riskieren sie einen politischen Vorstoß, der sie ohne Schwierigkeiten als Vollnazis enthüllt. Den getarnten Nazi erkennt man, außer am Judenhaß, unfehlbar am Jargon. Die irrationale Sprache gehört zum Nazismus, der seinen Unsinn nicht in einer sachlichen, rationalen Form ausdrücken könnte. Wer die vervielfältigten „Verbandsblätter“ all dieser Gruppen und Grüppchen mit ihren „Bundesmeistern“ und sonstigen Funktionären zu Gesicht bekommt, weiß sofort, mit wem er es zu tun hat, selbst wenn die betreffenden Ergüsse inhaltlich harmlos scheinen. Meist ist das übrigens nicht der Fall; da wimmelt es von Andeutungen über den einst kommenden „Tag“, für den man sich „bereithalten“ muß, über das „Unerhörte“, das gefordert werden wird usw. Daneben kaum verhüllte Verächtlichmachung der Bundesrepublik, gepaart mit der Ablehnung der Mitwirkung an ihrer militärischen Verteidigung. Gelegentlich machen die Mitglieder solcher Bünde geheimnisvolle Andeutungen über Waffenlager und antialliierte Pläne für den Fall eines Krieges; hier handelt es sich wohl um romantisches Geschwätz.

Sind diese Bünde gefährlich? Die Gesamtzahl ihrer Mitglieder ist schwer zu schätzen, aber sie wird, hoch gerechnet, einige Zehntausende nicht überschreiten. Im Augenblick sind sie ungefährlich, obwohl sie Teile der Jugend vergiften. Als mögliches Anschlußmaterial an eine große neonazistische Bewegung sind sie auf die Dauer nicht belanglos zu nennen. Sie haben auch internationale Verbindungen, tarnen sich „europäisch“ und suchen mit den alten „germanischen SS“-Gruppen in benachbarten Ländern Kontakt zu halten. Sozial rekrutieren sie sich aus den verarmten Mittelschichten und der jüngeren Intelligenz. Hier wird

nur von den eigentlich nazistischen Gruppen gesprochen; daneben gibt es einige, die eher neofaschistisch zu nennen sind und irgendeine Form der „autoritären Demokratie“ nichthitlerischen Typs vertreten. Am meisten machte in dieser Hinsicht die „Erste Legion“ von sich reden, um die es seit geraumer Zeit still geworden ist.

Nazistische Spuren sind in nur zu vielen deutschen Zeitungen und Zeitschriften zu finden, wiewohl diese Tatsache im Ausland oft übertrieben dargestellt wird. Deutlich nazistisch sind zwei oder drei verbreitete Illustrierte, zwei oder drei gut ausgestattete Monatsschriften, von denen eine ganz unverhohlen das Organ der internationalen SS ist, dann eine lebhaft geschriebene Halbmonatsschrift, die verhältnismäßig vorsichtig operiert, aber den Pferdefuß des Nazijargons nicht zu verbergen vermag, daneben einige kleinere Presseerzeugnisse.

Stark verankert ist der Nazismus, der alte eher als der neue, in den Soldatengenaue gesagt Offiziersbünden, worüber ja in der letzten Zeit an vielen Stellen das Notwendige gesagt worden ist. Hier sind seine Träger nicht alle politische Pg, sondern in den Gedanken des Hitlerregime befangene Offiziere, sowohl alte Generale, die geistig bessere Tage gesehen haben, als auch in recht erheblicher Anzahl jüngere frühere Berufsoffiziere, die auf Wiedereinstellung warten. Die ärgsten rednerischen Exzesse in diesem Abschnitt sind einstweilen abgestoppt worden, in den Soldatenbünden selbst trachten gemäßigte Kräfte zum Zuge zu kommen.

Daß es einen umfangreichen unorganisierten Neonazismus gibt, dargestellt durch die zahllosen früheren Pg an Stellen der Verwaltung, der Wirtschaft und der Rechtspflege, immer wieder zum Ausdruck kommend in Verwaltungsakten und Gerichtsurteilen — beileibe nicht allen, aber nicht wenigen —, in Fragen, die irgendwie das Naziregime, seine Freunde und Gegner berühren, ist allgemein bekannt. Der Fall Harlan ist einer der Anknüpfungspunkte des unorganisierten, sicher auch des organisierten Neonazismus; daneben soll der anhaltende Widerstand gegen die Rehabilitierung dieser Nazifilmgröße aber nicht übersehen werden.

Der Neonazismus lebt vom Ressentiment wie der alte. Er gedeiht auf dem Boden der Niederlage und der alliierten Politik. Daß der alte Nazismus die Katastrophe herbeigeführt hat, nimmt der neue nicht zur Kenntnis. Auch die Verbrechen seiner Mutterbewegung schrecken ihn nicht ab, obwohl selbst SRP-Organe sie gelegentlich zugeben. Haß und Verachtung für die Demokratie, den „Parteienstaat“, die „Marionetten der Besatzungsmächte“ eint die Neonazis aller Richtungen, die sonst oft genug im Streit miteinander liegen. Der Wille zur Unfreiheit, das Streben nach Unterwerfung unter eine autoritäre Führung ist der Wesenszug des Neonazismus. Sein Nationalismus scheint aber irgendwie verschieden von dem seines Vorgängers. Von der alten Phraseologie auf diesem Gebiet ist verhältnismäßig wenig zu hören, in der Wehrfrage zeigt sich der organisierte Nazismus unpatriotisch, er wirkt mitunter wie ein Echo des Ostens. Nur Taktik? Oder Nihilismus? Es wäre aber unvorstellbar, daß diese Bewegung auf die Dauer ohne die Impulsquelle des Nationalismus auskäme. In der Propaganda folgt sie den Spuren der Hitlerbewegung. Nicht nur die Aufzüge und Versammlungsäußerlichkeiten, die Marschmusik, der Saalschutz zeigen das, sondern noch mehr kommen die alten Methoden im Inhalt der Reden und Schriften — namentlich der Reden — zum Ausdruck. Dick auftragen, den Gegner mit den wildesten Lügen verunglimpfen, hemmungslos brüllen und schimpfen, rationale Argumente ausschalten — es stand schon alles in „Mein Kampf“. Es hat schon wieder ein gewisses Publikum gefunden.

Die Frage des Ressentiments ist die Grundfrage des Nazismus. Ohne den Minderwertigkeitskomplex, den die Lage Deutschlands nach Versailles in den Deutschen züchtete, wäre Hitler nie hochgekommen. Wenn die Alliierten der deutschen Demokratie diesmal rechtzeitig die Möglichkeit geben, zu Macht und Würde zu gelangen, so wird dem Neonazismus seine wichtigste Quelle abgegraben werden. Wenn sie sie weiter in Abhängigkeit, Schwäche und Unwürde halten, wenn sie die Teilung Deutschlands nicht beseitigen helfen, so wird das Ressentiment sozusagen aus Gewohnheit eher in nazistische als demokratisch-nationale Kanäle (welch letztere an sich denkbar wären) strömen. Auch unter diesem Gesichtspunkt sind die jetzt schwebenden, schicksalsvollen Verhandlungen über Außenpolitik und Militärfrage zu betrachten. Die innerpolitischen Gefahren der Wiederaufrüstung Deutschlands sind oft besprochen worden; sie sind nicht zu bezweifeln. Daneben könnte aber eine wehrhafte und gleichberechtigte deutsche Demokratie mehr Achtung bei ihren Bürgern gewinnen, als es der Weimarer Republik beschieden war. Mit einer solchen Demokratie hat man noch keinen Versuch gemacht; erfahrungsgemäß ist in Deutschland der Begriff Demokratie mit nationaler Schwäche verknüpft. Man könnte hier vielleicht auch einmal eine angenehme Überraschung erleben, wenn dieses unheilvolle Junktim beseitigt wird. Alles wird von den neuen Verträgen abhängen und von dem Geist, in dem sie gehandhabt werden.

Die Niederlage war diesmal tiefer, der fremde Eingriff weit einschneidender als 1918. Die Beseitigung der Teilung Deutschlands bleibt als großes Problem der Zukunft bestehen. In der Behandlung der uns verbliebenen größeren Hälfte könnte dagegen eine Entwicklung eintreten, die in eine andere Richtung geht als in der Zeit nach dem ersten Weltkrieg. Der Unterschied könnte genügen, um die Quelle des Ressentiments zu verstopfen. Von der Teilung allein wird der Nazismus nicht leben können, einfach deshalb, weil ihre Verwerfung nicht sein Monopol werden kann.

Die außenpolitisch gefühlsmäßigen Quellen des Nazismus waren bisher stärker als seinerzeit, wenn auch ihre Auswirkung durch die alliierte Besetzung behindert wurde. Das kann sich, wie gesagt, in einiger Zeit ändern. Wie steht es mit der anderen Hauptquelle des alten Nazismus, den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen? Hier ist die Lage im großen und ganzen besser als seinerzeit. Wir haben keine typische kapitalistische Wirtschaftskrise wie 1930, die Arbeitslosigkeit beträgt ein Viertel trotz dem Flüchtlingszustrom, die Produktion steigt, anstatt zu sinken, viele Produktionsbeschränkungen mit der zugehörigen Arbeitslosigkeit sind alliierte Befehle und können beseitigt werden. Die Inflation war geringer als 1923, der Währungsschnitt zwar drastisch, aber nicht so vernichtend wie einst, und die Mark ist seither eine Art Edelvaluta geblieben, mit einer tatsächlich größeren Kaufkraft als der Schweizer Franken. Die sozialen Mißstände sind nicht die gleichen wie in den ersten dreißiger Jahren, trotz dem viel ungünstigeren Ausgangspunkt. Ruinierte Mittelschichten sind weiter da, aber sie können ihren Ruin wirklich nicht der jetzigen Regierung zuschreiben. Noch weniger können das die Flüchtlinge, das große neue Problem, das wir gegenüber der Weimarer Republik haben. Die Flüchtlinge haben sich aber bisher nur zu einem geringen Teil den neonazistischen Parteien zugewandt. Soweit sie nicht bei den großen „Bonner“ Parteien bleiben, versuchen sie es mit dem BHE. Diesen kann man nicht eindeutig dem Neonazismus zurechnen, obwohl er ein neonazistisches Potential darstellt. Unter seinen leitenden Funktionären findet man hoch eingestufte Ex-Nazis, er unterstützt SRP-Forderungen nach Aufhebung gewisser antinazistischer Maßnahmen, er läßt gelegentlich anti-

gewerkschaftliche Töne vernehmen — im ganzen aber diktiert ihm die unliterarische Grundlinie seine politische Haltung, die jedenfalls nicht im Grundsätzlichen und Weltanschaulichen, sondern im Wirtschaftlichen und Sozialen, auf eine bestimmte Menschengruppe bezogen, ihre Wurzeln hat. Die Anhänger einer solchen Partei verlangen greifbare materielle Erfolge, nicht Marschmusik und irrationale Phrasen. Ist der BHE auch kein Hort der Demokratie, so ist er doch auch keineswegs dasselbe wie die SRP.

Daß in den breiten Massen die Niederlage des Nazisystems doch einen Verdacht gegen Imitationen der alten Bewegung geweckt hat, ist sicherlich bei der Erwägung der Ausbreitungsmöglichkeiten des Neonazismus in Rechnung zu stellen. Hitler war neu, der Neonazismus heißt bloß neu, ist in Wirklichkeit alt. Er lebt von Resten. Eine Analyse seiner Kräfte, der seelischen und wirtschaftlichen Faktoren, die ihn begünstigen oder hemmen könnten, gibt zur Zeit keinen Anlaß zu übermäßiger Besorgnis — was nicht heißen soll, daß überhaupt kein Anlaß zu Besorgnis besteht. Die Frage der legalen Fortexistenz der Hauptbewegung befindet sich *sub judice*. Bisher hat sich die deutsche Demokratie gegenüber dem Neonazismus ebenso schwächlich verhalten wie ihre Weimarer Vorgängerin gegenüber dem Originalnazismus. Die alliierten Besatzungsdemokratien haben es nicht anders gemacht. Ihr Eingreifen könnte den Neonazis allerdings zu einer nationalen Märtyrerglorie verhelfen, es ist also besser, nicht danach zu rufen. Die deutsche Demokratie muß das Notwendige schon selber tun, und zwar lieber zu früh als zu spät.

Werner Holzgreve

DAS BERUFSPROBLEM DER ABITURIENTEN

Die Kluft zwischen dem Arbeiter und dem Akademiker ist heute nicht mehr so groß, daß man sie als unüberbrückbar hinstellen könnte. Der junge Akademiker lebt heute wirtschaftlich und sozial unter zum Teil sehr viel schwierigeren Bedingungen als sein gleichaltriger Kollege an der Werkbank, im Bergbau, im Hüttenwerk, im Handwerksbetrieb, im Büro oder in anderen Berufen. Wenn wir uns zudem darüber im klaren sind, daß die Aufgaben der heutigen Gewerkschaften sehr spezialisiert und kompliziert sind, so liegt es auf der Hand, daß wir neben dem Funktionär als dem gewerkschaftlichen Interessenvertreter auch den Wissenschaftler brauchen. Betriebliche Praxis und praktische Erfahrung einerseits und akademisches Wissen andererseits gehören als zwei notwendige Momente in die Gewerkschaften hinein. Der zu uns kommende Akademiker soll aber kein „Akademist“ sein. Neben dem kalten Verstand, der kühl abwägenden und logisch schließenden ratio brauchen wir das Herz für den sozial Schwachen.

Aus diesen Erwägungen heraus müssen sich die Gewerkschaften auch mit dem Berufsproblem der akademischen Jugend auseinandersetzen. Wenn die Gewerkschaften positiv an einer Stabilisierung des gesamten gesellschaftlichen Lebens mitarbeiten, dann kann es ihnen nicht gleichgültig sein, wie die geistigen Führer von morgen aussehen und wie diese ihr Wissen verwenden. Wir wollen damit

nur jenes besagen, was der Studiausschuß für Hochschulreform im Jahre 1948 bereits klar formuliert hat. In dem als Manuskript gedruckten „Gutachten zur Hochschulreform“ heißt es: „Wir setzen uns von denjenigen Auffassungen ab, für welche nicht der Mensch, sondern die Forschung an der Spitze steht. Wir glauben, daß Hochschulbetrieb nur soweit gerechtfertigt ist, als er Dienst am Menschen bleibt. Dieser Dienst ist nicht auf den Studenten beschränkt, der unterrichtet und gebildet werden soll, sondern er gilt mittelbar oder unmittelbar dem ganzen Volk. Menschliches Leben ist gemeinsames Leben von verantwortlichen Personen in der Welt. Nur als Teil dieses Lebens ist die Hochschule gerechtfertigt.“

I.

Vor dem Krieg und noch während der ersten Kriegsjahre nahmen etwa 85 vH. aller Abiturienten das Studium auf. Der restliche Prozentsatz verteilte sich im allgemeinen auf die Berufe, die das Abitur zur Voraussetzung hatten, wie etwa die gehobenen Beamtenlaufbahnen bei Regierung, Bahn und Post sowie in bestimmten Industriebereichen usw. Heute sind demgegenüber nur noch rund 50 vH. aller Abiturienten in der Lage, ein Studium aufnehmen zu können. Schon diejenigen, die studieren können, laufen Gefahr, in ein akademisches Proletariat abzusinken. Die restlichen Abiturienten können aber unmöglich alle in entsprechende Berufe, für die lediglich das Abitur und kein Hochschulstudium Voraussetzung ist, vermittelt werden. Ein großer Teil muß für manuelle Berufe umgeschult werden. Wofür haben diese Letztgenannten sich dann acht und neun Jahre auf dem Gymnasium abgeplagt? Sie hätten dies doch über Lehre und Gesellenjahre einfacher haben können und dabei noch verdient. Hier liegt bereits das erste schwierige Problem.

Ohne Zweifel ist der heutige Abiturient wesentlich aufgeschlossener als der früherer Zeiten. Er steht heute dem Leben nüchterner gegenüber, weil er gezwungen ist, sich bereits frühzeitig für einen Beruf zu entscheiden. Der bittere Existenzkampf wirft heute seine Schatten bereits in die höheren Schulen. Aus allen diesen Gründen, besonders aber weil ein viel größerer Prozentsatz der Abiturienten wirtschaftlich nicht in der Lage ist, studieren zu können und unmöglich alle Studierende nach absolviertem Studium in entsprechende Berufe vermittelt werden können, stellt sich die Forderung nach einer tiefgreifenden Reform der höheren Schulen mit der Forderung nach einer grundlegenden Reform des Abiturs.

Der Abiturient muß in die Lage versetzt werden, mit seinem Reifezeugnis auch in jene Berufe gehen zu können, die anderweitige Bedingungen neben oder ohne Abitur zur Voraussetzung haben, wie etwa bei kaufmännischen oder bestimmten Industriebereichen. Der Lehrstoff der höheren Schulen hat sich der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung, aber auch der politischen Entwicklung nicht angepaßt. Mit ihrem Unterrichtsstoff sind die höheren Schulen um mindestens 30 bis 40 Jahre hinter dem Zeitgeschehen zurückgeblieben. Hier kommt es zunächst darauf an, daß der Schüler die Praxis des Lebens kennenlernt. Der Unterricht der höheren Schulen muß heute die Realität des gesamten sozialen Lebens zum allgemeinen Lehrgegenstand haben, wenn der Schüler zu einem echten demokratischen Staatsbürger herangebildet werden soll. Demokratie ist doch nicht nur eine politische Staatsform, sondern auch eine gesellschaftliche Lebensform.

Will man der Vermassung des Akademikers begegnen, so muß man das Übel bei der Wurzel fassen und diese Wurzel liegt in den höheren Schulen. Jeder, der

es sich heute leisten kann, schickt sein Kind in die höhere Schule, ein bezeichnen- des Symptom der Vergangenheit und der Jetztzeit: die Achtung und echte Würdigung des manuell Tätigen ist in starkem Maße verlorengegangen, wobei selbstverständlich der vielfach unzureichende Verdienst, der aber auch in sehr vielen akademischen Berufen gegeben ist, seine wichtige Rolle spielt. Die wirtschaftliche Entwicklung hat besonders den Arbeiterberuf zu einer unpersönlichen Tätigkeit gestempelt, die keine persönliche Beziehung mehr zur Arbeit kennt, da die Arbeit durch die schlechten sozialen Verhältnisse zum bloßen Brot- erwerbzweck diskriminiert wurde. So hat sich das ganze Berufsethos verkrampft. Der Student, der heute vom Semester zu Semester hastet, weil er sich so schnell als möglich eine Existenz verschaffen muß, läuft Gefahr, zum einseitigen Spezialisten zu werden, der sich sein Wissen „eingepaukt“, der nur für das Examen gelernt hat. Er verliert damit den so notwendigen universalen Überblick.

Neben der bereits ausgesprochenen Forderung nach Ausrichtung des Lehr- stoffes der höheren Schulen auf die Ganzheit des sozialen Lebens, muß die For- derung nach einem objektiven und gerechten Ausleseverfahren erhoben werden. Hierbei könnte in Erwägung gezogen werden, ob nicht, wie in früheren Zeiten, auch Hochschuldozenten in den zumindest höheren Klassen der höheren Lehr- anstalten Unterricht erteilen sollten, um damit auch, was sehr wichtig ist, eine persönliche Beziehung zwischen höherer Schule und Hochschule herzustellen. Dem Schüler könnten so bereits die Anforderungen der Hochschule vermittelt wer- den, damit er sich *selbst* Rechenschaft abgeben kann, ob er für das erstrebte Studium die notwendigen Voraussetzungen mitbringt oder nicht.

Der höhere Schüler muß weiter mit dem *praktischen* Berufsleben in Verbindung gebracht werden. Er soll genau so wie der Volksschüler Gelegenheit zu regelmäßigen Betriebsbesichtigungen erhalten, um diese praktischen Berufe auch unmittelbar an ihrem Tätigkeitsort kennenlernen zu können. Lichtbildervorträge sowie berufliche Aufklärungsvorträge seitens qualifizierter Berufsberater sind hierbei eminent wichtig. Das höhere Lehrpersonal sollte einen engen Kontakt mit den Arbeitsämtern halten. Es muß die Gewähr gegeben werden, daß der Schüler, der nach der mittleren Reife auf der Lehranstalt bis zum Abitur verbleibt, auch über die entsprechenden geistigen Qualitäten verfügt. Alle anderen Schüler sollten durch die ständige Zusammenarbeit von Eltern, Lehrpersonal und Arbeitsämtern in ihnen entsprechende Berufe vermittelt werden. Dazu gehört aber seitens der Lehrpersonen sowie der Berufsberater sehr viel Takt; denn der Schüler darf nicht den Eindruck gewinnen als sei er geistig minderwertig. Er muß durch kluge pädagogische und psychologische Führung selbst zu der Erkenntnis kommen, daß das Ergreifen eines anderen Berufes für ihn das beste ist. Dieses strenge Ausleseverfahren, von dem der Schüler nichts zu wissen und zu merken braucht, kann aber nur dann vollauf gerechtfertigt sein, wenn eine allgemeine *Schulgeldfreiheit* durch Gesetz gewährt wird, die von vornherein jeden Unter- schied zwischen arm und reich in dieser Beziehung ausschaltet.

Für Abiturienten, die trotz dieser Auswahl nicht in der Lage sind, studieren zu können, müssen neben den Berufen, die das Abitur voraussetzen, *Ausweichberufe* eingeführt werden. Dies ist vor allem möglich in Berufen des Handels und der Industrie sowie beim Handwerk. Damit wird aber bereits verständlich, daß der höhere Schüler neben seiner geistigen Arbeit auch bereits an die manuelle Arbeit herangeführt werden muß. In diesem Zusammenhang wäre zu erwägen, ob der Schüler nicht einen Teil seiner Ferien dazu verwenden soll, um praktisch tätig zu sein. Das Studium soll grundsätzlich nur begabten Abiturienten geöffnet sein.

ABITURIENTEN II.

Wie sieht nun das Bild bei den akademischen Berufen selbst aus? Nach einer Statistik des Jahres 1949 ist etwa jeder achte Student Mediziner. In Hamburg z. B. sind allein ungefähr 300 Jungärzte erwerbslos. Während früher bei den Krankenkassen immerhin noch 1800 bis 2200 Personen auf einen Arzt kamen, hat sich heute diese Zahl auf nur noch 400 bis 600 Personen verringert. In einem Dorf im Münsterland, wo vor 1939 zwei Ärzte und ein Zahnarzt vollauf genügten, praktizieren heute vier Ärzte und drei Zahnärzte. Diese Situation ist überall dieselbe. Es ist aber gerade für den Arztberuf schärfstens abzulehnen, einen Numerus clausus einzuführen. Der künftige Arzt kann nicht durch Eignungsprüfungen und Tests ob seiner Befähigung geprüft werden. Gerade er muß sein Berufsethos als Berufung wahren. Dazu gehört aber die Freiheit des Studiums und der Forschung. Als junger Assistenzarzt muß er dann beweisen, ob er ein geeigneter Arzt ist oder nicht.

Bei den anderen akademischen Berufen liegt dieses schwierige Berufsproblem nicht wesentlich anders. In Rheinland-Pfalz z. B. werden jährlich 75 bis 85 Lehramtskandidaten vom Kultusministerium eingestellt. Die Universität Mainz entläßt dagegen jährlich etwa 300 Studienreferendare. Die Lage bei den Juristen ist ähnlich. Das Justizministerium Rheinland-Pfalz stellt jährlich 60 bis 70 Referendare ein, obwohl nicht weniger als 200 bis 250 Referendare die Universität Mainz jährlich verlassen. Es erübrigt sich, auf die Situation in anderen Bundesländern und an anderen Universitäten einzugehen, weil dort dieselben Verhältnisse gegeben sind. Ein Ausweichen in andere akademische Berufe (z. B. Bibliothekar usw.) ist zudem heute nur sehr schwer möglich, da diese Berufe fast ausschließlich ein selbständiges Studium verlangen.

Aus dieser Überfüllung ergibt sich aber schon, daß nur geistig Hochbegabte ein Studium aufnehmen dürfen. Sie müssen dann aber die Gewähr erhalten, daß sie nach erfolgreichem Studium auch eine Anstellung finden. Nur so wird der Student innerlich frei für das Studium. Die Auslese hat daher bereits in den höheren Lehranstalten zu beginnen, wie wir bereits ausführten. Ein Numerus clausus bei der Immatrikulation verstößt gegen die persönliche Freiheit und ist daher abzulehnen. Es hat aber der oberste Grundsatz zu gelten, daß die Hochschulen Hochschulen für Begabte und *nicht* für Begüterte sein müssen. Es muß daher langsam die Unentgeltlichkeit des Hochschulstudiums angestrebt werden. Der Staat sollte auch durch entsprechende Steuererleichterungen zu Spenden und Stiftungen anregen, wie dies in einem erheblichen Umfang in Amerika der Fall ist. In Amerika darf beispielsweise der Steuerzahler bis zu 15 vH. seines steuerpflichtigen Bruttoeinkommens steuerfrei für gemeinnützige Zwecke verwenden. Für die Körperschaftsteuer kommt dasselbe in Anwendung in Höhe von 5 vH. Nur so wird es auch sozial möglich, dem Arbeiterstand einen größeren Prozentsatz an Studierenden zu ermöglichen, als dies bis heute der Fall ist. Nach den Errechnungen des Studienausschusses für Hochschulreform waren an der Universität Köln im Jahre 1947 nur 1/20 der Studierenden Arbeiterkinder, dagegen 1/3 Akademikerkinder. Die künftigen Studierenden aus dem Arbeiterstand dürfen aber nicht in dem für sie neuen Milieu untergehen, sondern sie müssen dieses neue Milieu *mitformen*. Hier haben die Gewerkschaften eine sehr wichtige Aufgabe zu erfüllen.

Der Abiturient sollte vor Beginn des Studiums mindestens ein Jahr praktisch tätig sein, am besten in einem seinem künftigen Studium verwandten Beruf. In anderen Berufen sollte der Berufsberater des zuständigen Arbeitsamtes dauernd mit der Betriebsleitung und dem Betriebsrat des tätigen Abiturienten in Kontakt

bleiben, um ihn zu beobachten und ihn eventuell auf seine beste Berufseignung und Berufsmöglichkeit aufmerksam zu machen. Das Werkstudententum kann als eine vorübergehende Notlösung gut sein, ideal ist es für die Dauer auf keinen Fall. Der Student bedarf seiner Semesterferien und Freizeit zur inneren Ausreifung des an der Hochschule Gehörten. Eine kurze Zahlenübersicht soll das Ungesunde der heutigen Situation verdeutlichen:

Von den insgesamt rund 116 000 Studierenden an den 16 Universitäten, 8 technischen Hochschulen sowie 24 wissenschaftlichen Sonderhochschulen in der Bundesrepublik sind rund 65 000 = 60 vH. aller Studierenden dauernd oder gelegentlich (Ferien) erwerbstätig. Demgegenüber betrug der Anteil der Werkstudenten im gesamten Reichsgebiet im Jahre 1928 nur 7 vH. Bei 21 vH. der Studierenden ist der Vater tot oder in Gefangenschaft. Bei 12 vH. ist der Vater Rentner, bei 2,3 vH. arbeitslos und nur bei 63,5 vH. ist der Vater erwerbstätig. 14 375 Studierende = 13,3 vH. sind Flüchtlinge und 14 301 = 13,2 vH. stammen aus der Ostzone und dem Ostsektor von Berlin. 9,9 vH. aller Studierenden wohnen in Wohnheimen und Wohnbunkern, bei weiteren 12,4 vH. ist festgestellt, daß sie ihre Zimmer nicht heizen können.

Das Kardinalproblem der akademischen Jugend muß also bereits in den höheren Schulen gelöst werden. In dem Gymnasium, der Oberschule, dem Realgymnasium usw. wird bereits der Keim für das Aussehen des künftigen Staatsbürgers und Akademikers gelegt. Dort muß also bereits begonnen werden, wenn die Verproletarisierung des Akademikers erfolgreich bekämpft werden soll.

III.

Der Arbeiter kämpft heute um seine gleichberechtigte gesellschaftliche Anerkennung. Er hat ein Anrecht auf die geistigen Güter der Zivilisation wie jeder andere, zumal die Gesellschaft ohne seine Arbeit nicht bestehen kann. Ihm gegenüber hat der Akademiker eine verpflichtende Aufgabe. Der Student darf nicht der Meinung sein, daß die Aneignung theoretischer Fachkenntnisse allein vollkommen genüge. Er muß sich nicht nur als Spezialist, sondern mehr noch als *Mensch* tauglich machen. Arbeiter und Akademiker sind keine gegensätzlichen Pole von Natur aus, sondern sie gehören zusammen in der harmonischen Abgestimmtheit von Praxis und Theorie, von manueller und geistiger Arbeit. Die Hochschulen, aber auch die höheren Lehranstalten, müssen wieder mehr Verbindung mit dem *ganzen* Volk erhalten, sie dürfen sich nicht in hohen geistigen Regionen abschließen und sich nachher wundern, daß sie wirklichkeitsfremd geworden sind. Unsere Gymnasien und Hochschulen haben mit der sozialen Umschichtung unserer Zeit nicht Schritt gehalten, wenn sie auch zur Zeit dabei sind, dies zu erkennen. Sie laufen weiter Gefahr, den Spezialisten und nicht den Menschen heranzubilden, sie laufen Gefahr, in ein Konglomerat von Fachschulen aufgespalten zu werden. In diesem Sinne sind die ernstesten Worte des Studienausschusses für Hochschulreform zu verstehen: „Es ist unmöglich, neue politische Katastrophen zu vermeiden, wenn die Akademiker ihre menschliche Pflicht im Volkskörper nicht zu erfüllen lernen, und eine Hochschule, welche ihre Kraft dieser Aufgabe entzieht, muß erwarten, eines Tages nicht sachlichen Reformvorschlägen, sondern dem blinden Umsturz gegenüberzustehen.“

Heinrich Hornung

„KOLLEKTIVISMUS“ IM SOZIALEN WOHNUNGSBAU?

Im Leben der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft wirken zwei wesensverschiedene Unternehmungsformen an der Bewältigung der ihnen gestellten gemeinsamen Aufgabe: Die Wohnungsgenossenschaften und die Wohnungsgesellschaften (GmbH und AG). Beide Unternehmungsformen haben sich lebensnotwendig entwickelt und im Laufe der Jahrzehnte durchaus bewährt. Weil dem so ist, muß einmal die Frage angeschnitten werden, ob nicht ein gewisses Auseinanderleben beider Unternehmungsformen eingetreten ist, dessen Ursprung Von vornherein gegeben war.

Es liegt die Auffassung vor, daß die Wohnungsgenossenschaften auch heutzutage noch der ideellen Aufgabe des sozialen Wohnungsbaues besser nachzukommen vermögen als die Wohnungsgesellschaften. Wenn man von der Präambel zum Wohnungs-Gemeinnützigkeits-Gesetz (WGG) ausgeht, so kann festgestellt werden, daß beide Unternehmungsformen die Aufgabe, gesunde und preiswerte Wohnstätten für die minderbemittelten Volksschichten zu schaffen, voll erfüllt haben. Wenn man aber danach fragt, ob beide Unternehmungsformen in gleicher Weise und in gleichem Umfange die weiteren vom Staate gestellten Aufgaben erfüllt haben, nämlich die Förderung des Siedlungswerkes durch Verbindung mit dem Heimatboden, durch Errichtung von Gemeinschaftsanlagen und durch Pflege der Hausgemeinschaft, so muß diese Frage zunächst verneint werden.

Es handelt sich hierbei um die Frage, welche Unternehmungsform es am besten verstanden hat, den Menschen Wohnstätten (Mietwohnungen und Eigenheime) zu geben, an deren Errichtung und Verwaltung sie sich von sich aus verantwortlich und in denen sie sich heimisch fühlen. Hier haben die Wohnungsgenossenschaften ihrem Wesen und Wirken gemäß einen gewaltigen Vorsprung; in ihnen wirken Kapitaleinsatz und Gemeinschaftsarbeit aller Beteiligten, bei ihnen besteht Selbstverwaltung und Mitbestimmung, Miteigentum und kooperative Wohnungsnutzung — alles Faktoren, die das Zustandekommen einer wirklichen Wohnungsgemeinschaft ermöglichen. — Den Vorsprung der Wohnungsgenossenschaften aufzuholen, müssen sich die gemeinnützigen Kapitalgesellschaften eifrig bemühen. Denn sie sind gemäß ihrem Wesen und Wirken wirtschaftliche Organisationsgebilde, die weniger aus der genossenschaftlichen Selbsthilfe und mehr aus der Kapitalhilfe für jemand entstanden sind. Diese Kapitalbeziehungen sind es auch, die sich zur Zeit noch dagegen sperren, die Organisationsform der Kapitalgesellschaften dem organisatorischen Leben der Wohnungsgenossenschaften irgendwie anzupassen. Man verstehe darum die Beklemmung der Menschen, deren selbstgegründete Genossenschaft eines guten Tages mit einer Kapitalgesellschaft verschmolzen worden war.

Nun dürften den Kapitalgesellschaften, die danach streben, diese Angleichung herbeiführen, einige gesetzliche und verwaltungsmäßige Mittel dazu zur Verfügung stehen. Das Wohnungs-Gemeinnützigkeits-Gesetz und seine Durchführungsverordnung geben die Anweisung, bei Gestaltung der Mietverträge den Gedanken der Pflege der Hausgemeinschaft und die Förderung der Familie zu verwirklichen. Darüber hinaus wird die Möglichkeit geboten, die Miet- und sonstigen Rechtsbeziehungen zwischen dem Wohnungsunternehmer und dem Wohnungsinhaber so zu gestalten, daß sie den Anforderungen der herrschenden Staats- und Wirtschaftsauffassung entsprechen.

Aus der gesetzlich vorgeschriebenen Wahrung der „Mieterbelange“ könnten bei gutem Willen und entsprechendem Talent Organisationsformen entwickelt werden, die weitgehend eine Mitwirkung der Mieterschaft herstellen bzw. eine Mitwirkung des „betreuten Personenkreises“ an Verwaltung und Geschäftsführung der Kapitalgesellschaft herbeiführen. Als der zur Zeit einzig mögliche Weg — dies liegt eben im Wesen der Kapitalgesellschaften — kann nur in Erwägung gezogen werden, ob und inwieweit man den betreuten Mieterkreis zum „Gesellschafter“ machen, und ihn so im Aufsichtsrat zur Vertretung der Mieterbelange befähigen kann. Die gelegentliche Hereinnahme von Mietervertretern in den Aufsichtsrat — wie es mitunter geschieht — ist nur ein Notbehelf, wenn nicht gar eine demokratische Floskel, zumal wenn sie mit der Hereinnahme von Belegschaftsvertretern in den Aufsichtsrat verkuppelt ist.

Es genügt bei weitem nicht, wie es die Verfasser des Wohnungs-Gemeinnützigkeits-Gesetzes taten, Kapital zur Errichtung und Verwaltung von Wohnungen des sozialen Wohnungsbaues „gemeinnützig“ arbeiten zu lassen. Es muß vielmehr die Organisationsform, in der das Kapital sozusagen Dienst an der Allgemeinheit verrichten soll, Vorkehrungen und Sicherungen dafür aufweisen, daß diese Indienststellung des Kapitals für einen gemeinnützigen Zweck nicht zu einer Kapitalanlage unter Ausnutzung des gemeinnützigen Zweckes wird.

Diese Gefahr ist gegenwärtig akut geworden, weniger bei den Gesellschaften mit öffentlichem Einfluß als bei den Gesellschaften mit industriellem Einfluß, nachdem der soziale Wohnungsbau infolge der überstarken Zweckbindung der privaten und auch der öffentlichen Mittel die „normalen“ Wohnungsuchenden keineswegs mehr befriedigt. Es wird immer offensichtlicher, daß dank der weitgehenden Auflockerung der Vorschriften des Gesetzes bezüglich Einschränkungsmöglichkeit des zu betreuenden Personenkreises die „berechtigten Interessen“ einzelner Gemeinden, einzelner Interessengruppen, einzelner Werke und ganzer Industriezweige den Interessen der Allgemeinheit vorangestellt werden.

Um zu verhüten, daß die Entwicklung des sozialen Wohnungsbaues solche Wege geht, müssen die Wohnungsuchenden in ihrer Gesamtheit sich um ihr zukünftiges Wohnungsschicksal kümmern. Insbesondere aber müssen die Wohnungsuchenden, die als „betreute Personenkreise“ bereits in das Geschehen der Wohnungerrichtung und Wohnungsverwaltung eingeschaltet worden sind, sich mehr denn je und viel intensiver um ihr Wohnungsschicksal selbst kümmern. In den Wohnungsgenossenschaften ist dies noch immer weitgehend der Fall, obwohl auch dort gewisse Anzeichen einer autoritären Geschäftsführung erkenntlich sind. Was nun die Mitwirkungsrechte des betreuten Personenkreises bzw. der Mieterschaft in den Kapitalgesellschaften angeht, so verschließen sich hier noch immer sowohl das Gemeinnützigkeitsrecht als auch das Gesellschaftsrecht der Verwirklichung dieser Forderung. Eine befriedigende Lösung des sozialen Problems bei den gemeinnützigen Kapitalgesellschaften ist aber nicht eher möglich, als bis die Mieterschaft ein Mitwirkungsrecht an Geschäftsführung und Verwaltung ausübt.

Inwieweit aus dem Mitwirkungsrecht ein Mitbestimmungsrecht werden kann, das hängt von der weiteren Ausgestaltung des Gesellschaftsrechtes ab. Es ist zu erwarten, daß die Abgeordneten in den Parlamenten, die ja auch Mieterinteressen zu vertreten haben, sich für ein fortschrittliches *Gesellschaftsrecht*, das alle Beteiligten an der Unternehmung zur Mitbestimmung bringt, und für ein der Zeit angepaßtes *Wohnungsgemeinnützigkeitsrecht* einsetzen, damit der soziale Wohnungsbau die Gemeinschaftsaufgabe des ganzen Volkes, das heißt aller seiner Schichten wird.